

(3) Bei Naturalentschädigung werden an Stelle der erloschenen dinglichen Belastungen neue Rechte am Ersatzgrundstück bzw. Ersatzgebäude begründet. Zinsansprüche können für die Zeit von der Inanspruchnahme an bis zur Gewährung der Naturalentschädigung nur noch bis zu der Höhe geltend gemacht werden, in der die Geldentschädigung verzinst wird.

§ 11

Erlaß volkseigener Forderungen

(1) Bei volkseigenen Forderungen, deren dingliche Sicherung erloschen ist, kann der aus der Entschädigung nicht zu befriedigende Teil Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik erlassen werden.

(2) Die Voraussetzungen für diesen Erlaß sind in einer Durchführungsbestimmung zu regeln.

III.

Verfahren und Rechtsmittel

§ 12

Entschädigungsverfahren

(1) Der Entschädigungsanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach vom Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, festzustellen.

(2) Dem Entschädigungsberechtigten ist über die Art und Höhe der Entschädigung ein Feststellungsbescheid zuzustellen.

§ 13

Entschädigungskommission

(1) Der Rat des Kreises bildet eine Entschädigungskommission unter Vorsitz des Leiters der Abteilung Finanzen.

(2) Zur Kommission sollen Mitarbeiter der Fachorgane der örtlichen Räte, Vertreter der Kreditinstitute, Mitglieder der ständigen Kommissionen und ihrer Aktivs sowie andere Bürger gehören.

(3) Die Kommission hat den Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, bei der Entscheidung über den Entschädigungsanspruch zu beraten.

(4) Den Entschädigungsberechtigten ist Gelegenheit zu geben, der Kommission ihre Meinung zu allen Feststellungen, die ihre Rechte betreffen, vorzutragen. §

§ 14

Auszahlungsverfahren

(1) Das Auszahlungsverfahren ist in Durchführungsbestimmungen zu regeln.

(2) Im Auszahlungsverfahren können Schuldbuchforderungen gemäß der Verordnung vom 2. August 1951

über die Schuldbuchordnung für die Deutsche Demokratische Republik (GBl. S. 723) begründet werden.

§ 15

Rechtsmittel gegen den Feststellungsbescheid

(1) Gegen die Entscheidung über die Entschädigung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung des Feststellungsbescheides beim Rat des Kreises Beschwerde eingelegt werden.

(2) Wird der Beschwerde nicht stattgegeben, kann der Beschwerdeführer beim Rat des Bezirkes innerhalb eines Monats Einspruch erheben. Der Rat des Bezirkes entscheidet endgültig.

IV.

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 16

Inanspruchnahmen bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes

(1) Für Inanspruchnahmen bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes wird die Entschädigung in Geld geleistet.

(2) Grundstücke und Gebäude, die gemäß § 14 des Aufbaugesetzes durch Entzug des Eigentums in Anspruch genommen wurden, gehen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in das Eigentum des Volkes über. Gleichzeitig erlöschen die dinglichen Rechte.

§ 17

Zuständigkeit der Gerichte

(1) Streitigkeiten über die Person des Entschädigungsberechtigten oder zwischen diesem und seinen Gläubigern über die Höhe der Ansprüche an der Entschädigung entscheiden die Gerichte.

(2) Eine Nachprüfung der Entscheidung kann durch die Gerichte nur zur Feststellung der Person des Entschädigungsberechtigten vorgenommen werden.

(3) Der Entschädigungsberechtigte und Gläubiger, deren dingliche Rechte erloschen sind, können bei dem zuständigen Kreisgericht die Eröffnung eines Verteilungsverfahrens nach den für die Verteilung des Erlöses im Falle der Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften beantragen.

§ 18

Durchführungsbestimmungen

Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt der Minister der Finanzen.

§ 19

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, vom Amtierenden Präsidenten der Volkskammer im Namen des Präsidiums der Volkskammer unter dem fünfundzwanzigsten April neunzehnhundertsechzig ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunundzwanzigsten April neunzehnhundertsechzig

**Der Präsident
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Pieck

Herausgeber: Büro des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin C 2, Klosterstraße 47
- Redaktion Berlin C 2, Klosterstraße 47, Telefon: 22 07 36 22 - Für den Inhalt und die Form der Veröffentlichungen tragen die Leiter der staatlichen Organe die Verantwortung, die die Unterzeichnung vornehmen — Ag 134/60-DDR — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin C 2, Telefon: 51 05 21 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 3.— DM, Teil II 2.10 DM — Einzelabgabe bis zum Umfang von 16 Seiten 0.25 DM, bis zum Umfang von 32 Seiten 0.40 DM, über 32 Seiten 0.50 DM je Exemplar — Bestellungen beim Buchhandel, beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, Telefon: 2 54 81, sowie Bezug gegen Barzahlung in der Verkaufsstelle des Verlages, Berlin C 2, Roßstraße 6, Telefon: 51 44 34 — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin